
Gemeinsamer Antrag der Stadtratsfraktionen von SPD und CDU;
Resolution zur Neuorganisation der Grundsicherung für Arbeitssuchende

KSD 20101065



Frau Oberbürgermeisterin
Dr. Eva Lohse
Stadtverwaltung
Rathaus
67059 Ludwigshafen

24. Februar 2010

Stadtratssitzung am 01.03.2010

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

die Fraktionen von SPD und CDU im Stadtrat stellen zur nächsten Sitzung am 01.03.2010 folgenden Antrag:

Der Stadtrat möge folgende Resolution beschließen:

Resolution an den Deutschen Bundestag und die Landesregierung

Wir begrüßen die von der Bundesregierung fraktionsübergreifend angestrebte Grundgesetzänderung zur Neuorganisation der Grundsicherung für Arbeitssuchende, wie sie bereits im Dezember 2009 u. a. vom Land Rheinland-Pfalz in den Bundesrat eingebracht wurde.

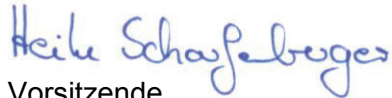
Wir erwarten die Schaffung eines rechtssicheren Rahmens für eine optimale Betreuung der Arbeitssuchenden und ihrer Familien vor Ort. Wir brauchen eine dauerhaft tragfähige Lösung und keine Abkehr von dem Prinzip der Hilfe aus einer Hand. Ein gut funktionierendes Sozialsystem bietet den Menschen Sicherheit, die unverschuldet in Not geraten. Oberstes Ziel muss weiterhin die Integration in Arbeit und die Unabhängigkeit von staatlicher Leistung sein.

Auch die Stadt Ludwigshafen am Rhein muss den Prozess der Betreuung maßgeblich gestalten können. Ob in einer Arbeitsgemeinschaft oder als Optionskommune, wir brauchen eine echte Wahlfreiheit, um für unsere Stadt die optimale Hilfe aus einer Hand anbieten zu können. Eine zahlenmäßige Begrenzung der Anzahl kommunaler Träger im Grundgesetz lehnen wir deshalb ab.

Wir fordern alle Verantwortlichen in Bund und in Rheinland-Pfalz parteiübergreifend dazu auf, ein rasches Verfahren zu ermöglichen und schnell zu einer einvernehmlichen Lösung zu kommen, die noch vor der Sommerpause notwendig ist, damit die Stadt entsprechend planen kann.

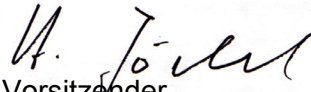
Eine Grundgesetzänderung bietet sowohl den Arbeitssuchenden als auch den Beschäftigten verlässliche Strukturen, den geringsten Grad an Bürokratie und letztlich deutlich weniger Kosten.

Heike Scharfenberger



Vorsitzende
der SPD-Stadtratsfraktion

Heinrich Jöckel



Vorsitzender
der CDU-Stadtratsfraktion